

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Offener Brief mit Aufschrift der Seiten- und Zeilennummer 5 Uhr für den folgenden Tag, Druckpreis bei Geschäftszeiten monatlich 4 Mk., durch unsere Mitglieder ermäßigt in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unser Katalog und Geschäftsliste nehmen sofort Bestellungen entgegen. Im Falle einer Kriegszeit oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Druckpreises.



Vertriebspreis 1 Mk. für die 6-spaltige Kopypresse über deren Raum, Leihpreis 90 Pfg., Restlohn 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zustellung Kopypresse 3 Mk., Nachdruckgebühr 30 Pfg., Restlohn 2.50 Mk. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zustellung Kopypresse 3 Mk., Nachdruckgebühr 30 Pfg., Restlohn 2.50 Mk. Jeder Abbestellungsanspruch ist, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rente geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 5.

Freitag den 7. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Beleuchtung der Fuhrwerke und Fahrräder.

Die in Gemeinschaft mit den Stadträten zu Rossen, Lommagisch und Wilsdruff von der Amtshauptmannschaft erlassene Bekanntmachung vom 14. Dezember 1915, durch welche eine Erleichterung in der Beleuchtung der Fuhrwerke nachgelassen wurde, wird aufgehoben. Die Bestimmungen des Regulativs vom 2. Januar 1902, den Verkehr auf öffentlichen Wegen betreffend, treten damit unverändert wieder in Kraft. Während der Dunkelheit haben also alle Personfuhrwerke 2 brennende Laternen, alle Lastfuhrwerke eine solche zu führen, wobei es keinen Unterschied mehr macht, ob sie langsam oder schnell fahren.

1.

Im Zusammenhang hiermit wird auf die Verordnung des Ministeriums des Innern und der Finanzen, betr. Beleuchtung der Fahrräder, hingewiesen, welche mit dem 16. Dezember 1920 in Kraft getreten ist und nach der jedes Fahrrad während der Dunkelheit und bei hartem Nebel mit einer hellbrennenden Laterne mit farblosen Gläsern, welche den Lichtschein nach vorn auf die Fahrbahn wirft, versehen sein muß.

III.

Gleichzeitig werden folgende verkehrspolizeiliche Bestimmungen des Regulativs vom 2. Januar 1902 besonders in Erinnerung gebracht:

Aller Fahrzeugverkehr hat sich jederzeit, in der Fahrtrichtung gesehen, auf der rechten Straßenseite zu halten.

Sowohl dem entgegenkommenden als auch dem überholenden Fuhrwerk ist nach rechts auf die Hälfte des Weges auszuweichen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Wie verlautet, wird die Brüsseler Finanzkonferenz, die am 11. Januar wieder zusammenzutreten sollte, ihre Verhandlungen erst einige Tage später wieder aufnehmen, um den Delegierten für die Ergänzung ihres Materials genügend Zeit zu lassen.

* Die Entente-Kommission in Opatowitz hat nunmehr das Abstimmungsreglement bekanntgegeben.

* Der Reichsstarke für die Postbeamten ist bis zum 30. Juni d. J. verlängert worden.

* Der Sohn d'Annunzio, welcher seinem Vater in Rom einen Besuch abgestattet hatte, wurde auf Anordnung der Gendarmen in Abazia verhaftet.

* In Wismar kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Sicherheitspolizei, wobei mehrere Leute und 22 Vermundete verloren.

Russische Wirtschaft.

Wie es in Sowjet-Rußland aussieht, das ist nachgerade kein Geheimnis mehr, selbst die stärksten Bewunderer der Räteherrschaft haben mit der Tatsache nicht hinter dem Berg halten können, daß der Lebenshalt in der Höhe als ein paradiesischer Genuss empfunden werden muß, verglichen mit dem Leben im Reich der Leuten. Es sei denn, daß man zu den bevorzugten Beamtenhäuptern der herrschenden Klassen gehört, denen es allerdings an nichts fehlen soll. Die ehrlichen Arbeiter haben auch die überaus traurige Lage ihres Volkes niemals zu beschönigen versucht, und der jämmerliche Zustand der russischen Volkswirtschaft ist von ihnen laut genug beklagt worden. Aber für alles dieses Unglück hatten sie immer eine für ausreichend gehaltene Entschuldigung: die Räterepublik habe Jahr für Jahr gegen Kapitalismus und Imperialismus Krieg führen müssen und immer wieder Krieg und habe sich infolgedessen dem Wiederaufbau der russischen Wirtschaft nicht widmen können. Der Krieg habe alle Menschenkräfte dauernd in Anspruch genommen, alle Schätze des Bodens verzehrt, mit dem Erfolg, daß, wenn auch die Weltrevolution durch ihn nicht vorwärts gekommen sei, doch die Anschläge der Weltreaktion gegen die Selbstregierung des russischen Volkes, gegen seine Befreiung vom Joch des nationalen wie des internationalen Kapitalismus endgültig abgebrochen worden sind. Nur aber, wo dieses Ziel als gesichert angesehen werden könne, werde man mit aller Energie die eigenartige Friedensarbeit in die Hand nehmen, und die Welt werde sich sehr bald davon überzeugen können, daß das russische Beispiel nicht nur zu zerschellen, sondern auch neue Werte zu verschaffen vermöge.

So klang es schon lange vom Oden her. Jetzt aber haben Lenin und seine Leute es sich auch in aller Form vom allrussischen Rätekongress bestätigen lassen, daß der Zeitpunkt zum Übergang zur Friedensarbeit gekommen sei. Man bejahe sich auf dieser Zusammenkunft hauptsächlich mit der Bekämpfung des Wirtschaftsverfalls und der technischen Grundlagen für das kommunistische System, wobei insbesondere der Bauernstand Hebevoll bedacht wurde, also gerade derjenige Teil der Bevölkerung, der am leidenschaftlichsten an seinem Privatbesitz festhält. Die Sowjetgrößen haben es von vornherein für ratsam gehalten, den Bauern in seinem Verlangen nach eigenem Grundbesitz eher zu befriedigen als zu gefährden, so sehr damit auch gebilligten sozialistischen Theorien entgegengehandelt wurde. Mit frei-

gebiger Hand wurde der Grundbesitz der „Verren“ unter sie verteilt und der Erfolg war, daß die Sowjet-Herrschaft nirgend geringeren Widerstand fand als in den Dörfern. Und sonst ließ man die Bauern, da man auf den Ertrag ihrer Arbeit für die Ernährung des Volkes angewiesen war, nach Möglichkeit ungestört, und die Bauern ihrerseits kümmerten sich ebenso wenig um die Wirtschaft in den Städten. Sobald jedoch Sendboten der Räterepublik sich ihrer Wirtschaftsvorräte und ihrer Ernterträge bemächtigen wollten, wurden sie ungemütlich, und man hielt es für ratsamer, sie völlig in Ruhe zu lassen. Der Erfolg dieser aus der Not geborenen Maßnahme bestand aber darin, daß die Bauern, da sie mit Papiergeld bis zum Überdruß und Überfluß gefüllte Waren, von dem ihnen überwiesenen Grund und Boden nur so viel besaßen, wie sie für ihren eigenen Bedarf benötigten, so daß die Ernährung des Volkes immer größere Schwierigkeiten bereite. Jetzt wurde in Moskau beschlossen, die Bauern mit dem erforderlichen Saatgetreide zu versehen, um die Anbauflächen nach Möglichkeit erweitern zu können. Was ist genug bischen läßt. Alle Kräfte sollen zur Wiederaufrichtung des Bauernstandes herangezogen werden. Man kann sich danach denken, wie es auf dem Lande aussehen muß. Dann hat man sich die Belebung der Industrie zur Aufgabe gestellt, wobei in erster Reihe die Gewinnung von Kohle und Eisen ins Auge gefaßt werden soll. Einleitend wurde ferner noch ein Plan für die Organisierung der Schwerindustrie angenommen. Wie dieser Plan aussieht, darüber erzählt man zunächst noch nichts Näheres, aber man weiß ja schon zur Genüge, daß die Russen im Projektieren sich nicht lumpen lassen, auswärtigen Besuchern hat man in Moskau bereits vor Jahren mit den großartigsten Organisationsentwürfen Augen und Urteil geblendet und nichts ist bis jetzt von allen diesen schönen Absichten verwirklicht worden. Jetzt will man endlich mit aller Kraft ans Werk gehen, und Lenin scheint selbst vor Vandalen mit gewaltigen Kapitalmästen nicht zurück, da er zugeben muß, daß Rußland, auf sich allein angewiesen, nicht von der Stelle kommen würde. Mit allen Mitteln sucht man im Ausland und namentlich in Deutschland Techniker, Ingenieure, gelehrte Arbeiter zu gewinnen. Man verlor sich ihnen das Blaue vom Himmel herunter und ist ja auch auswärtigen Bank- und Finanzgrößen gegenüber mit Erteilung von Konzessionen der verschiedensten Art nicht blöde. Trotzdem hat sich bis jetzt noch nichts in der Welt das geringste Gutrauen zu dem Wiederaufbau der russischen Wirtschaft nach Sowjetrezepten eingestellt, und es ist zu befürchten, daß daran auch die schönsten Kongressbeschlüsse nicht viel ändern werden. Dazu ist die Bekämpfung aller vorhandenen Werte schon gar zu weit vorgeschritten, und nirgends sind Anzeichen dafür zu erblicken, daß der russische Bauer, der russische Arbeiter zu neuer Arbeitslust erwecken wird.

Was bisher noch geteilt wird, ist nur mit Anwendung äußerster Zwangsmittel erreicht worden. Wie sollen da die neuen weitgesteckten Ziele vom geduldbigen Papier in die Wirklichkeit übertragen werden? Und schließlich ist heutzutage jedes Volk viel zu sehr mit eigenen Sorgen und Nöten befaßt, um seine besten Kräfte und Hände an die Russen abgeben zu können. Lenin und die Seinen werden schon zusehen müssen, wie sie die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, selber wieder auflösen können.

Vor dem Wiederbeginn in Brüssel.

Sehn Fragen an Deutschland.

Aus anscheinend zuverlässiger Brüsseler Quelle wird gemeldet, daß man Deutschland vor dem Wiederbeginn der Brüsseler Sachverständigenkonferenz zehn Fragen zur Beantwortung vorlegen werde und zwar:

1. Welche Maßnahmen hat Deutschland getroffen bei Aufstellung des diesjährigen Budgets, die Herstellung des Gleichgewichts anzustreben?
2. Welche erhöhten Steuereingänge hat Deutschland in den nächsten zwei oder drei Jahren zu erwarten?
3. Wie stellt sich der wirkliche Preis der Steinkohlen für Industrie und Hausgebrauch?
4. Wie hoch sind die Verluste, welche Deutschland erleidet durch die Beschlagnahme seines Nationalbesitzes?
5. Wie steht die deutsche Handelsbilanz?
6. Wie hoch ist der ständige Betrag der Ausgaben für die Wechsellage?
7. Wie hoch sind die Kosten der deutschen Verwaltungsbehörden im Reich, und wie groß ist die Zahl der Beamten und Angestellten? Ist diese in der letzten Zeit sehr erhöht worden und in welchem Verhältnis?
8. Welches sind die Kosten der deutschen Verluste, und was geschieht, die Preise der eingeführten Waren niedrig zu halten?
9. Welche Politik bezieht die deutsche Regierung mit Bezug auf die Inflation des Geldumlaufs?

Die zehnte Frage betrifft die Vorläufe, welche die Allierten nach der Abreise von Spa zugestanden haben. Diese Frage ist aber bereits erledigt.

Das ober-schlesische Abstimmungsreglement.

Ein Erlaß der Entente-Kommission.

Das nunmehr veröffentlichte Abstimmungsreglement für Oberschlesien ist von General Le Rond als Vertreter Frankreichs, de Martini als Vertreter Italiens und Bertel als Vertreter Großbritanniens unterzeichnet. Danach ist zur Teilnahme an der Abstimmung jede Person ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, die am 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem Gebiet, in dem die Volksabstimmung stattfindet, geboren ist, oder seit dem 1. Januar 1904 oder früher den Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hat oder, wie es in dem Reglement heißt, von der Deutschen Regierung ausgewiesen ist. Geistesranke oder einmündige Personen sind vom Stimmrecht ausgeschlossen.

Vier Gruppen von Stimmberechtigten.

Die Stimmberechtigten werden in folgende vier Kategorien eingeteilt: a) in Oberschlesien Geborene und in diesem Gebiete Wohnende, b) in Oberschlesien Geborene aber hier nicht Wohnende, c) außerhalb Oberschlesiens Geborene, die seit 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt in diesem Gebiete wohnen, d) außerhalb Oberschlesiens Wohnende, die im Abstimmungsgebiet am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge Ausweisung durch die deutsche Behörde nicht beibehalten haben. Jeder stimmt in der Gemeinde ab, in der er am 1. Januar 1920 seinen Wohnsitz hatte oder, wenn er nicht in Oberschlesien wohnt, in der Gemeinde, in der er geboren ist, die Ausgewiesenen in der Gemeinde, in der sie ihren Wohnsitz hatten. Das Abstimmungsresultat wird gemeindefeindlich nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt. Hierfür bildet jede Gemeinde einen Wahlbezirk.